



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

23. November 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Woche ist im Bundestag die Routine aufgehoben: Es ist „Haushaltswoche“. Vier Tage lang debattieren die Abgeordneten den Bundeshaushalt für 2012 und stimmen schließlich über die Etats aller Ressorts ab. Dabei wird die Regierungskoalition viel Gegenwind bekommen. Dass sie trotz der Finanzkrise neue Schulden in Höhe von 26,1 Milliarden Euro vorsieht, ist meiner Meinung nach nicht vertretbar. Mit dem im September vorgestellten Finanzkonzept der SPD haben wir eine seriöse und klare Alternative zur haushaltspolitischen Verantwortungslosigkeit der Regierung Merkel entwickelt. Diesem Konzept folgend fordern wir jetzt in mehreren Anträgen Verbesserungen im Haushalt 2012, - siehe dazu die nächste Seite.

In dieser Woche sind die normalen Abläufe noch aus anderem Grund unterbrochen. Mit Entsetzen stehen wir vor den Taten junger Deutscher, die über viele Jahre hinweg mit menschenverachtendem Eifer und kaum vorstellbarer Grausamkeit Menschen ermordet haben, die nicht deutscher Herkunft waren. Die von einer rechtsterroristischen Gruppe verübten Morde zählen zu den schwersten Verbrechen, die die Bundesrepublik erlebt hat. Niemand kann mehr den Versicherungen Glauben schenken, dass es organisierten rechten Terror in Deutschland nicht gebe. Dass der Staat die Opfer nicht schützen konnte, obwohl die Täter dem Verfassungsschutz auffällig geworden waren, macht uns fassungslos. Und dass in vielen Medienberichten von „Döner-Morden“ gesprochen wurde, ist eine unerträgliche Respektlosigkeit. Das Mitgefühl mit den Familien der Opfer gebietet eine andere Sprache. Der Bundestag hat diese Woche das Plenum mit einer Debatte zu der Mordserie eröffnet. Auch das ist ein Versuch, die richtige Sprache wiederzufinden.

Herzliche Grüße aus Berlin von

*Euer / Ihre Brigitte Zypries*

## Bürgersprechstunde

### Die nächsten Termine im Wahlkreis

Viele von Ihnen wissen es bereits: Regelmäßig biete ich in meinem Wahlkreis „Bürgersprechstunden“ an: Das ist für mich eine Gelegenheit, aus erster Hand von Ihren Anliegen und Fragen zu erfahren und, wo ich helfen kann, auch sofort etwas zu unternehmen.

Die nächsten Termine:

**Sa., 26.11.2011**, ab 10.00 Uhr im Rathaus Traisa, Ludwigstr. 84, Mühlthal (OT Traisa)

**Fr., 9.12.2011**, ab 15.00 Uhr im Bürgerbüro, Wilhelminenstr. 7a, Darmstadt (Bitte vereinbaren Sie unter Tel. 06151 3605078 einen Termin)

**Sa., 10.12.2011**, ab 10.00 Uhr im Haus der Vereine, Langgasse 4, Messel

Ich freue mich auf Sie!



Deutscher Ingenieurinnenbund e.V.

### Experimente-Parcours für Schülerinnen

Im Rahmen der Tagung des Deutschen Ingenieurinnenbundes wird am Samstag, 26. November, eine **Veranstaltung für Schülerinnen** angeboten: Im Experimente-Parcours können Mädchen ab 15 Jahren **Experimente zu den Themen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik** durchführen. Studentinnen der sogenannten „MINT“-Fächer aus Darmstadt betreuen und beraten sie dabei – und verraten vielleicht auch das eine oder andere über ihr Studium!

Die Teilnahmezahl ist begrenzt.  
Kosten: 5 €, Termin: 26.11.2011,  
9:00 - 16:00 Uhr | Ort: Kloster  
Höchst im Odenwald

Anmelden kann man sich hier:  
[mint@dibev.de](mailto:mint@dibev.de). Betreffzeile: „MINT  
bei dib-Tagung“.

[Info-Flyer als PDF](#)

## Haushalt 2012 - Die Vorschläge der SPD

Im September hat die SPD ihr Finanzkonzept vorgestellt, den „Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung“. Wir fordern, dass die darin enthaltenen Verbesserungen im Haushalt 2012 umgesetzt werden:

- Für 2012 muss die maximale Verschuldungsgrenze von 25,3 Mrd. Euro eingehalten werden. Steuermehreinnahmen müssen für den Abbau von Schulden genutzt werden, nicht für wirkungslose - und winzige - Steuergeschenke. Auf Steuersenkungen, die über die durch das Bundesverfassungsgericht geforderte Anpassung des Existenzminimums hinausgehen, muss verzichtet werden.
- Wir wollen, dass der Spitzensteuersatz für Einkommen ab 100 000 Euro im Jahr (doppelt soviel bei Verheirateten) auf 49 Prozent erhöht wird.
- Die Steuern, die auf Zinsen, Dividenden und Erlöse aus Wertpapierverkäufen gezahlt werden müssen, sollen von 25 Prozent auf 30 Prozent steigen.
- Steuererleichterungen für Unternehmen aus dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ - wie die Senkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers - sollen umgehend zurückgenommen werden.
- Die „Brennelementesteuer“ für Betreiber von Kernkraftwerken soll erhöht werden.
- Eine Börsenumsatzsteuer soll umgehend eingeführt werden. Diese muss dann so schnell wie möglich in eine europaweite Finanztransaktionssteuer verwandelt werden, wie sie die SPD schon lange fordert.
- Wir brauchen einen einheitlichen, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Das bedeutet nicht nur faire Bezahlung von Arbeit - es bringt außerdem Mehreinnahmen bei Lohn- und Einkommenssteuer.
- überzogene Managergehälter sollen eingedämmt werden, indem die steuerliche Absetzbarkeit von Gehältern und Abfindungen begrenzt wird: Auf maximal die Hälfte der Beträge, die eine Million Euro übersteigen.

Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, endlich nachhaltig in die Zukunft unseres Landes zu investieren: Wir brauchen mehr Geld für Bildung und Kommunen sowie zusätzliche Mittel für ein neues Ganztagschulprogramm und ein Programm zur Öffnung der Hochschulen.



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin*

*Fotos:  
Noushin Arjangian, Carina Neuber (S. 2)  
[aboutpixel](#)/ Mr.Nico (S. 3)*

## Kinderrechte in Deutschland umfassend stärken! – Ein Antrag der SPD

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind in der UN-Kinderrechtskonvention verbindlich festgelegt. Die UN- Kinderrechtskonvention wurde am 20. November 1989 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Ihr sind mehr Staaten beigetreten als allen anderen UN- Konventionen. Jedes Jahr am 20. November, dem internationalen Tag der Kinderrechte, wird an die Rechte der Kinder erinnert. Ihrer weitreichenden Bedeutung wird aber trotzdem bislang weder politisch noch in der Öffentlichkeit ausreichend Rechnung getragen. Ich finde, **Kinderrechte müssen endlich im Grundgesetz verankert werden!** Deutschland sollte mit gutem Beispiel voran gehen und dem Kindeswohl in allen Gesetzen zwingend Rechnung tragen.

Eine öffentliche Diskussion dazu ist wichtig - deshalb fordert die SPD die Bundesregierung in einem Antrag auf, den erfolgreichen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“ fortzuschreiben. Dieser Antrag wird am Donnerstag diskutiert. Es ist wichtig, unsere nationale **Gesetzgebung auf Übereinstimmung mit der Konvention zu überprüfen. Vor allem im Asylverfahrensgesetz und im Aufenthaltsgesetz sind neue gesetzliche Regelungen notwendig, um den in der UN-Konvention verankerten Kindeswohlvorrang zu gewährleisten.** Darüber hinaus brauchen wir Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe und ein Monitoring-System, das die Kinderrechte auf europäischer Ebene überwacht.

Der Europarat geht davon aus, dass **jedes fünfte Kind in Europa Opfer sexueller Gewalt** ist und dass nur zehn Prozent dieser Fälle gemeldet werden. Wir fordern deshalb in einem weiteren Antrag, sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche auf internationaler Ebene zu bekämpfen. **Das Übereinkommen des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch soll ratifiziert werden.** Genauso wie das Übereinkommen gegen Menschenhandel: denn Kinder sind auch hiervon betroffen. Und solche Verbrechen machen keinen Halt vor Landesgrenzen.